

# LANDTAG INTERN

## INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

51. Jahrgang · 17. Wahlperiode · Ausgabe 1 · 28. Januar 2020

### Kohleausstieg

Der Ministerpräsident hat den Landtag über die Bund-Länder-Einigung zum Kohleausstieg unterrichtet. In einer kontroversen Debatte ging es im Anschluss um die Konsequenzen für NRW. S. 3

### Aktuelle Stunde

Drohungen gegen Kommunalpolitikerinnen und -politiker haben den Landtag in einer Aktuellen Stunde beschäftigt. Anlass war u. a. die Debatte um den Bürgermeister von Kamp-Lintfort. S. 7

### Verfassung

Im Juni feiert der Landtag ein besonderes Jubiläum: Vor 70 Jahren wurde die Landesverfassung in einem Volksentscheid angenommen. Sie ist ein Meilenstein für die Demokratie in NRW. S. 14-15

### Erweiterungsbau

Der Landtag plant einen Erweiterungsbau. Dazu wurde ein Architekten- und landschaftsplanerischer Wettbewerb ausgeschrieben mit dem Ziel, auch den Bürgerpark Bilk weiterzuentwickeln. S. 16-17



## Schulaufgaben

## Ideen und Pläne für die Primarstufe

# INHALT



Foto: Schälte

## Was Kinder zum Lernen brauchen

<u>Sachverständige äußern sich zu Plänen für die Grundschule</u> .....	S. 9
<u>Standpunkte</u> .....	S. 10

## Aus dem Plenum

<u>Fahrplan für den Kohleausstieg</u> .....	S. 3
<u>Meldungen</u> .....	S. 4
<u>Gegen Hass und Hetze</u> .....	S. 7

<u>Gesetzgebung</u> .....	S. 8
---------------------------	------

<u>Aus den Fraktionen</u> .....	S. 12
---------------------------------	-------

## Forum

<u>70 Jahre Landesverfassung</u> ...	S. 14
--------------------------------------	-------

<u>Landtag plant</u>	
<u>Erweiterungsbau</u> .....	S. 16

## Aus den Ausschüssen

<u>Meldungen</u> .....	S. 18
------------------------	-------

## Im Porträt

<u>Gabriele Walger-Demolsky (AfD)</u> .....	S. 19
---	-------

<u>Kurz notiert</u> .....	S. 20
---------------------------	-------

**Herausgeber:** Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

**Redaktion (red):** Michael Zabka (zab), Wibke Busch (wib), Thomas Becker (tob), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2442 (wib), 884-2304 (tob), 884-2309 (bs), landtag-intern@landtag.nrw.de

**Redaktionsbeirat:** Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Matthias Kerkhoff (CDU), Sarah Philipp (SPD), Henning Höne (FDP), Verena Schäffer (Grüne), Andreas Keith (AfD), Pressesprecher/-innen: Dirk Michael Herrmann (CDU), Frank Uferkamp (SPD), Nadja Kremser (FDP), Georg Th. Schumacher (Grüne), Michael Schwarzer (AfD).

Redaktionsschluss: Freitag, 24. Januar 2020, 10 Uhr  
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten.

Ein Nachdruck der Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ ist nur mit Zustimmung der jeweiligen Fraktionspressestelle und bei entsprechender Quellenangabe möglich.

**Auflage:** 30.000

**Satz:** de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

**Herstellung und Versand:** reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Dudweilerstraße 72, 66111 Saarbrücken

**Internet-Adressen:** [www.landtagintern.de](http://www.landtagintern.de), [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

**Landtag Intern** wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

**Weitere Hinweise**

[www.landtagintern.de](http://www.landtagintern.de)



## Leserservice und kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren?

Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Öffentlichkeitsarbeit des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2442, [landtag-intern@landtag.nrw.de](mailto:landtag-intern@landtag.nrw.de)

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

# Fahrplan für den Kohleausstieg

## Kontroverse Debatte nach Einigung von Bund und Ländern

23. Januar 2020 – Spätestens 2038 soll Schluss sein mit der Stromgewinnung aus Kohle. Die Folgen für Nordrhein-Westfalen standen im Mittelpunkt einer Aktuellen Stunde. Vorausgegangen war eine Unterrichtung durch die Landesregierung.



Ministerpräsident  
Armin Laschet (CDU)

Marc Herter (SPD)

Monika Düker (Grüne)

In seiner Unterrichtung „Ein Paket der Vernunft für Klimaschutz, Fairness und Wettbewerbsfähigkeit – Nordrhein-Westfalen ist Vorreiterland der Energiewende“ informierte Ministerpräsident Laschet über die am 16. Januar 2020 erzielte Einigung zwischen dem Bund und den vier Ländern, in denen Braunkohle-Kraftwerke und Tagebaue betrieben werden.

Der Ausstieg aus der Kohleverstromung soll laut Einigung bis spätestens 2038 erfolgen. In den Jahren 2026 und 2029 soll der Stand des Kohleausstiegs überprüft werden. Dabei soll geklärt werden, ob Stilllegungsdaten nach 2030 um je drei Jahre vorgezogen werden können, sodass schon 2035 Schluss wäre mit der Kohleverstromung in Deutschland. Die Bund-Länder-Einigung stellt zudem sicher, dass der Hambacher Forst nicht für den angrenzenden Tagebau gerodet wird und erhalten bleibt. Die für den Tagebau Garzweiler geplanten Umsiedlungen sollen allerdings erfolgen. Das umstrittene Steinkohlekraftwerk Datteln 4 soll ans Netz gehen.

Ministerpräsident **Armin Laschet** (CDU) nannte den Kohleausstieg ein „historisches Projekt“. Er werde aber nur zum Erfolg, wenn er nicht die Grundlagen des Wohlstandes gefährde. Mit der Einigung zwischen den Kohleländern und dem Bund gebe es nun einen klaren Ausstiegsplan. Es stünden 40 Milliarden Euro für den Strukturwandel in den Kohlerevieren zur Verfügung. Und der Ausstieg werde sozialverträglich gestaltet: Niemand falle ins Bergfreie. Laschet appellierte, zu einem „friedlichen Diskurs“ zurückzukehren und die Chancen der Einigung zu nutzen.

Auch **Marc Herter** (SPD) sprach von einer historischen Entscheidung und begrüßte die Einigung. Als erstes Industrieland werde

Deutschland aus der Atom- und der Kohleenergie aussteigen. Entscheidend sei nun, Ideen für neues Wachstum und neue Beschäftigung zu entwickeln. Dazu habe der Ministerpräsident zu wenig gesagt. Herter rief die Landesregierung zudem zu einer Wende in ihrer Energiepolitik auf. Sie müsse „Fesseln“ für die Erneuerbaren Energien lösen. Gefordert seien nun „ein mutiger Aufbruch“ und konsequentes Handeln.

### „Nachbesserungen“

Es gebe zwei große Verlierer bei der Einigung, sagte Grünen-Fraktionschefin **Monika Düker**. Das seien der Klimawandel sowie die von Tagebauen betroffenen Menschen. Die Vereinbarung weiche an entscheidenden Stellen von den Empfehlungen der Kohlekommission ab, da mit Datteln 4 ein neues Kohlekraftwerk ans Netz gehe. Auch der Ausbau der Erneuerbaren Energien werde nicht umgesetzt, die Windenergie sogar blockiert. Es brauche Nachbesserungen des „unfairen Deals“, der „ohne Not

den mühsam erreichten gesellschaftlichen Frieden“ gefährde.

CDU-Fraktionschef **Bodo Löttgen** erwiderte: „Nur von einer nicht gelingenden Energiewende können die Grünen politisch profitieren.“ Das gehöre zum „Geschäftsmodell der Partei“. Die Grünen seien „Meister der klimapolitischen Heuchelei“ und „Scheinheilige der Energiewende“. Die Partei habe 2016 selbst die Leitentscheidung unterschrieben und festgelegt, dass die Tagebaue Gebiete Garzweiler, Hambach und Inden zur Energiegewinnung erforderlich seien. Die Grünen hätten somit das „Todesurteil“ für den Hambacher Forst gesprochen, was nun revidiert worden sei.

**Christian Loose** (AfD) sprach von einem „Pakt der Unvernunft“, der „Terroristen“ im Hambacher Forst bestärke. Seit zwei Jahrzehnten werde die „Zerstörung der ehemals sicheren Stromversorgung vorangetrieben“. Der Staat habe durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ein Kartell von Wind- und Solarstrom geschaffen. In der Folge seien die Strompreise gestiegen. Viele Haushalte könnten ihren Strom nicht mehr bezahlen. Loose sprach von „300.000 Stromsperrern“ jährlich. Die Strompreise belasteten zudem Industrie und Wirtschaft.

„Wer ausgehandelte Kompromisse hintergeht und lautstark ankündigt, das Gesetz mit allen Möglichkeiten zu bekämpfen, der gefährdet gesellschaftlichen Frieden“, hielt FDP-Fraktionschef **Christof Rasche** den Grünen vor. Ziele seien saubere Umwelt, verlässlicher und bezahlbarer Strom sowie sichere Arbeitsplätze. Dass das Kraftwerk Datteln 4 ans Netz gehe, sei „gut und klug“. Es handle sich um „eines der saubersten Kraftwerke, die es gibt“. Es spare Milliarden an Entschädigungen und versorge rund 100.000 Haushalte mit Fernwärme. *wib, tob, zab*

### Anträge

Zur Unterrichtung hat die Grünen-Fraktion einen Entschließungsantrag eingebracht (17/8513). Der Aktuellen Stunde lagen Anträge der Grünen-Fraktion (17/8495) und der SPD-Fraktion (17/8496) zugrunde.



Bodo Löttgen (CDU)

Christian Loose (AfD)

Christof Rasche (FDP)



## Aachener Vertrag

22.1.2020 – Genau ein Jahr nach Unterzeichnung des Aachener Vertrags zwischen Deutschland und Frankreich hat der Landtag mit großer Mehrheit einen Antrag zur Stärkung der deutsch-französischen Freundschaft beschlossen (17/8411). Der Antrag war von den Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen eingebracht worden. Die AfD-Fraktion stimmte dagegen. In dem Antrag betonen die Fraktionen, dass der Vertrag von Aachen, der auf dem Élysée-Vertrag von 1963 aufbaut, auch in Nordrhein-Westfalen mit Leben gefüllt werden müsse. „Unser Bundesland Nordrhein-Westfalen liegt im Herzen Europas. Die Herausforderungen, vor denen die Europäische Union steht, sind auch unsere Herausforderungen – gesellschaftlich, wirtschaftlich und ökologisch.“ Im Antrag werden zehn Schwerpunkte für eine stärkere Kooperation mit Frankreich genannt. Dazu zählen der Dialog über den Klimaschutz, eine engere Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden bei der Bekämpfung des Terrorismus und der organisierten Kriminalität, eine Vertiefung des Austauschs in der Schul- und Berufsbildung sowie die Unterstützung von Städtepartnerschaften.

## Große Anfrage Diabetes

22.1.2020 – Die Situation der Diabeteserkrankungen in Nordrhein-Westfalen war Thema einer Debatte im Plenum. Hintergrund waren eine Große Anfrage der SPD-Fraktion (17/7458) und die Antwort der Landesregierung (17/8340). Die Fraktion hatte u. a. nach Folgeerkrankungen im Zusammenhang mit Diabetes (Zuckerkrankheit) in NRW, der Versorgung von Patienten, Prävention sowie Forschung und Ausbildung gefragt. Nordrhein-Westfalen sei „in Bezug auf die vielfältigen Anforderungen durch das Krankheitsbild Diabetes mellitus grundsätzlich gut aufgestellt“, heißt es in der fast 100-seitigen Antwort der Landesregierung. Gleichwohl schätze man „die Bedeutung der Erkrankung aus gesundheitspolitischer Perspektive als auch in der Versorgung des einzelnen Erkrankten als sehr bedeutsam ein“.

## Tierärztemangel

22.1.2020 – Der Landtag hat den Antrag „Dem Tierärztemangel im ländlichen Raum wirksam begegnen“ (17/5383, 17/8449) der Grünen-Fraktion abgelehnt. In der Nutztiermedizin gebe es regional einen Mangel an Tierärztinnen und Tierärzten, der sich in Zukunft verschärfe, hatte die Fraktion im Antrag dargelegt. Um gegenzusteuern, solle sich die Landesregierung auf Bundesebene u. a. für eine Anpassung der geltenden Gebührenordnung für Tierärzte einsetzen. Eine Notdienstgebühr müsse eingeführt und es solle die Möglichkeit geprüft werden, auch praktizierende Tierärztinnen und Tierärzte mit amtlichen Aufgaben zu betrauen, etwa der Kontrolle und Dokumentation in Schlachtbetrieben. Bereits während des Studiums brauche es einen stärkeren Bezug zur Nutztiermedizin im ländlichen Raum. Die Fraktionen von CDU, FDP und AfD lehnten den Antrag ab; die SPD-Fraktion enthielt sich.

## Mittelstand

22.1.2020 – Die Fraktionen von CDU und FDP sprechen sich für eine Bürokratie-Entlastung von Mittelstand und Handwerk aus. Ein entsprechender Antrag (17/8323) wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung (federführend) überwiesen. In dem Antrag heißt es, dass der Mittelstand „das Rückgrat der nordrhein-westfälischen Wirtschaft“ sei. In der Vergangenheit sei auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene ein Trend „zu einer überbordenden Bürokratie“ zu beobachten gewesen, von der insbesondere kleinere und mittlere Unternehmen unverhältnismäßig stark betroffen seien. Die Fraktionen fordern daher u. a., auf Landesebene Potenziale für die Reduzierung von Statistikpflichten umzusetzen. Das Land soll sich auf Bundesebene für die Einführung einer Experimentierklausel einsetzen, um die Erhebung und den Erhebungsturnus von Daten zu flexibilisieren und zu digitalisieren sowie die Erfassung zu automatisieren.

## Schutz vor Betrügern

22.1.2020 – Die Fraktionen von CDU und FDP fordern die Landesregierung auf, die Bevölkerung verstärkt über Betrugsmaschen wie den „Enkeltrick“ aufzuklären („Nach dem Enkeltrick ist vor dem Tantenrick – Präventionsarbeit weiter fortführen“, 17/8322). Dabei solle die Landesregierung u. a. mit Bank- und Kreditinstituten zusammenarbeiten und auch versuchen, Kassenärztliche Vereinigungen und Apothekenkammern als Multiplikatoren zur Warnung und Sensibilisierung zu gewinnen. Meist seien es ältere oder hilflose Personen, die auf den Enkeltrick, Schockanrufe oder falsche Polizisten hereinfielen, schreiben die Fraktionen. Die Auswahl der potenziellen Opfer erfolge meist über das Telefonbuch: „Dabei werden von den Betrügern Vornamen ausgewählt, die auf einen deutlich älteren Jahrgang schließen lassen.“ Die Täter versuchten, unter Vorspiegelung falscher Tatsachen an Bargeld und Wertgegenstände zu gelangen. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Innenausschuss überwiesen.

## Einsamkeit

22.1.2020 – Auf Antrag der AfD-Fraktion (17/8420) hat der Landtag die Enquetekommission „Einsamkeit“ eingesetzt. Sie soll sich der „Bekämpfung sozialer Isolation in Nordrhein-Westfalen und der daraus resultierenden physischen und psychischen Folgen auf die Gesundheit“ widmen, heißt es im Antrag. Immer mehr Menschen lebten in Einpersonenhaushalten, was laut Erkenntnissen der Wissenschaft mit mehr psychischen Erkrankungen einhergehen könne. Als erstes Land weltweit habe Großbritannien ein „Ministerium für Einsamkeit“ ins Leben gerufen. Seit 2018 bündele es Versuche der Regierung, Menschen aus der Isolation und der Anonymität zu holen. Die Enquetekommission solle sich mit Folgen zunehmender Einsamkeit u. a. für die Arbeits-, Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik beschäftigen. Ausgelotet werden solle zudem, ob in Nordrhein-Westfalen in der kommenden Legislaturperiode ein Ministerium für Einsamkeit eingesetzt werden solle. Auch eine Anglie-



derung an das Ministerium für Gesundheit sei denkbar. Die Enquetekommission wurde mit den Stimmen der AfD bei Enthaltung aller anderen Fraktionen eingesetzt.

## Gifttiergesetz

22.1.2020 – In Nordrhein-Westfalen soll Privatpersonen und grundsätzlich auch Gewerbetreibenden künftig die Haltung von sehr giftigen Tieren verboten werden. Dies sieht der Entwurf des Gifttiergesetzes (17/8297) der Landesregierung vor, das der Landtag in erster Lesung beraten hat. Sehr giftige Tiere sind demnach solche, die wegen ihrer starken Giftwirkung nach Bissen oder Stichen in der Lage sind, Menschen erheblich zu verletzen oder zu töten, darunter Giftschlangen, Skorpione oder bestimmte Spinnenarten. Die Haltung dieser Tiere soll nur übergangsweise aus Bestandsschutzgründen weiterhin möglich sein. Die Halter müssen die Tiere den Behörden anzeigen und ihre Zuverlässigkeit sowie den Abschluss einer Haftpflichtversicherung nachweisen. Im Entwurf heißt es, dass durch das Entweichen von giftigen Tieren für die im Umfeld betroffenen Menschen und Einsatzkräfte eine erhebliche Gefahr für Leib und Leben bestehe. Die Suche nach den Tieren ziehe erhebliche Kosten für die Allgemeinheit nach sich. Bislang bedarf es keiner besonderen Berechtigung zur Haltung dieser Tiere. Der Entwurf wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz überwiesen.

## Besoldungsgesetz

22.1.2020 – Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Landrätinnen und Landräte sollen bei Übernahme einer weiteren Amtszeit eine Zulage erhalten. Ein Gesetzentwurf der Landesregierung sieht die Schaffung einer entsprechenden Ermächtigungsgrundlage vor („Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes und des Landesbeamtenversorgungsgesetzes – Gesetz zur Attraktivitätssteigerung des kommunalen Wahlamtes“, 17/8452). Die Landesregierung habe ein Rechtsgutachten

über die „Angemessenheit der Eingruppierung kommunaler Wahlbeamtinnen und Wahlbeamter in Städten, Gemeinden, Kreisen und bei den Landschaftsverbänden in Nordrhein-Westfalen“ eingeholt, heißt es in dem Entwurf. Es handle sich um Personen, „die Verantwortung für unser Gemeinwesen und in unserer Gesellschaft übernehmen, die verwalten und umso lieber gestalten“, so die Landesregierung. Die Städte und Gemeinden seien die „Keimzelle unserer Demokratie, unseres demokratischen Werteverständnisses und Wertegerüsts“. Die Rahmenbedingungen sollen attraktiver gestaltet werden, „um auch zukünftig Anreize zur Bereitschaft zur Amtsübernahme und zur Wiederwahl zu setzen“. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen (federführend) überwiesen.

## Radschnellweg

22.1.2020 – Die Fraktion der Grünen hat vorgeschlagen, einen Radschnellweg von Essen über Ratingen nach Düsseldorf entlang der A52 einzurichten. In einem entsprechenden Antrag (17/8410) schreibt die Fraktion, eine attraktive Verbindung zwischen dem Ruhrgebiet und der Landeshauptstadt würde perspektivisch zu einer Entlastung der Pendlerverkehre führen. Der geplante sechsspurige Ausbau der A52 zwischen Ratingen-Breitscheid und Essen-Kettwig für den Autoverkehr wirke „für viele Menschen aus der Zeit gefallen“ und komme „nicht den zukunftsbestimmenden Anforderungen einer Mobilitätswende nach“. Auch die Sanierung bzw. der Neubau der Ruhrtalbrücke, die in diesem Autobahnabschnitt liege, dürfe nicht ohne Radschnellweg gebaut werden. In Zukunft solle bei allen Straßenverkehrsvorhaben „die Schaffung einer attraktiven Radverkehrsverbindung mitgeplant werden“. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Verkehrsausschuss überwiesen.

## Halbzeitbilanz Schulpolitik

23.1.2020 – Der Landtag hat sich mit einem Antrag der SPD-Fraktion zur Schulpolitik

(17/8425) befasst. Nach mehr als zweieinhalb Jahren sei die Landesregierung trotz „vollmundiger Versprechen“ noch nicht in ihrer Verantwortung angekommen. „Sie sollte endlich anfangen zu regieren!“, fordert die SPD-Fraktion. Die Landesregierung hinke etwa bei der Inklusion, dem Ausbau von Offenen Ganztagschulen und dem angekündigten „Masterplan Grundschule“ hinterher. Zugleich spitze sich der Personalmangel an Schulen zu: Mehr als 5.800 Lehrerstellen seien 2018 nicht besetzt gewesen; die Zahl sei in den ersten vier Monaten des Jahres 2019 auf 7.400 gestiegen. Die A13-Besoldung für alle Schulformen werde „trotz aller Versprechen nicht umgesetzt“. Die Landesregierung müsse dem „Bildungsnotstand“ kurzfristig mit allen demokratischen Fraktionen entgegentreten. Eingerichtet werden solle eine Expertenkommission, die „eine gemeinsame Perspektive des Parlaments zur Zukunft der schulischen Bildung in NRW weit über das Jahr 2022 hinaus sicherstellt“. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Schulausschuss überwiesen.

## Einbürgerung und Digitalisierung

23.1.2020 – Die Landesregierung soll ein digitales Serviceportal für Einbürgerungsanträge einrichten. Dies hat der Landtag auf Antrag der Fraktionen von CDU und FDP mehrheitlich beschlossen („Chancen der Digitalisierung für Einbürgerungen nutzen“, 17/8421). Die Fraktionen von Grünen und AfD stimmten dagegen, die SPD enthielt sich. Mit dem Portal solle die „Integrations- und Wertschätzungskampagne #IchDuWirNRW“ weiterentwickelt werden. „Es soll Menschen mit Einbürgerungswunsch über die Voraussetzungen einer Einbürgerung informieren, diese vorab prüfen, dabei unnötige Behördengänge ersparen und so auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung entlasten“, heißt es in dem Antrag. Es sei „auf eine bürgerfreundliche Gestaltung des Portals und eine Kompatibilität mit andere Serviceportalen des Landes Wert zu legen“, so die Fraktionen weiter.



## Denkmalschutz

23.1.2020 – Die Energieeffizienz und die klimafreundliche Energieversorgung in denkmalgeschützten Gebäuden steht im Mittelpunkt eines Entwurfs der Grünen-Fraktion für ein „Gesetz zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes NRW“ (17/8298). Viele Eigentümerinnen und Eigentümer von Baudenkmalern wollten steigenden Energiepreisen durch eine energetische Modernisierung entgegenwirken. Oftmals würden aber die Maßnahmen mit Verweis auf die zu schützende Bausubstanz oder das zu schützende Erscheinungsbild abgelehnt. Die Fraktion fordert daher eine gesetzliche Klarstellung, um den Denkmalschutzbehörden „einen klaren Abwägungsspielraum zu Gunsten der Erfordernisse von Klimaschutz und Klimafolgenanpassung“ zu eröffnen, „aber gleichzeitig weiterhin eine Prüfung des Einzelfalls“ sicherzustellen. Der Entwurf enthält auch Neuregelungen zum Thema Bodendenkmäler. Er wurde nach der ersten Lesung zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen (federführend) überwiesen.

## Enquetekommission

23.1.2020 – Auf Antrag der FDP-Fraktion (17/8414) hat der Landtag eine neue Enquetekommission eingerichtet. Sie trägt den Titel „Gesundes Essen. Gesunde Umwelt. Gesunde Betriebe. – Zukunftschancen für die nordrhein-westfälische Landwirtschaft gestalten, mittelständische Betriebe stärken, hohe Standards in Ernährung und Umweltschutz gemeinsam sichern“. Die Auswirkungen der Landwirtschaft auf Mensch, Umwelt und Biodiversität stünden oft im Mittelpunkt emotional geführter Auseinandersetzungen, heißt es im Antrag. Debatten seien wichtig, aber aktuell „auch immer wieder davon gekennzeichnet, dass wissenschaftliche Argumente und Rationalität in den Hintergrund gedrängt werden“. Eine zukunftsfähige Landwirtschaft „benötigt und verdient eine sachliche und faktenbasierte Debatte zwischen

den beteiligten Interessengruppen und Betroffenen sowie lösungsorientierte Konzepte zur Bewältigung der vor uns liegenden Herausforderungen“. Die Kommission solle u. a. der Frage nachgehen, wie „nachhaltiger Umwelt- und Klimaschutz im Einklang mit Landwirtschaft und Gesellschaft“ gestaltet werden könne. Die Kommission wurde mit den Stimmen aller Fraktionen eingesetzt.

## Brexit

23.1.2020 – Die AfD-Fraktion hat dem Landtag einen Antrag zum Brexit (17/8416) vorgelegt. Darin kritisiert die Fraktion die bisherigen Vorbereitungen der Landesregierung auf den erwarteten Austritt der Briten aus der EU. Im Antrag heißt es u. a., die „möglichen schweren Folgen eines unregelmäßigen Brexits wurden von der Landesregierung offenbar billigend in Kauf genommen. Bemühungen, auch nur zurückhaltenden Einfluss zu nehmen, waren nicht erkennbar“. Die Fraktion fordert die Landesregierung auf, „unverzüglich alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Auswirkungen des Brexits auf die nordrhein-westfälische Wirtschaft zu minimieren“. Zudem sollten die Beziehungen zur Regierung in London intensiviert werden. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Europa und Internationales (federführend) überwiesen.

## Digitale Daseinsvorsorge

23.1.2020 – Die SPD-Fraktion fordert von der Landesregierung mehr Engagement bei den Themen „Digitale Daseinsvorsorge“ und „Smart City“ („Fair geht mehr: Digitale Daseinsvorsorge nicht dem Markt überlassen!“, 17/8423). Die Digitalisierung ermögliche es u. a., „Prozesse im Mobilitäts-, Energie- und Umweltbereich effizienter zu gestalten und den Ressourcenverbrauch zu reduzieren“. Intelligente Mobilität und Verkehrsführung könnten zur Vermeidung von Staus und langer Parkplatzsuche beitragen. Durch eine flexible Ver- und Entsorgung ließe sich das Müllmanagement optimieren. Im

Gesundheitswesen könne „demographischen Herausforderungen etwa auch durch die Vernetzung von Krankenhäusern und Altenheimen begegnet werden“, heißt es im Antrag. Der entscheidende Schritt zu einer „Smart City“ bestehe in der „Verknüpfung von Daten zu einem Gesamtbild“. Die NRW-Kommunen seien bereits auf einem guten Weg, trotzdem bestehe „weiterhin ein großer Nachholbedarf“. Die Fraktion fordert u. a., den flächendeckenden Ausbau einer glasfaserbasierten Infrastruktur „massiv zu beschleunigen“ und den angekündigten Förderfonds „K-400 – Kommunal wird Digital“ auf den Weg zu bringen. Zudem solle die Landesregierung die Kommunen bei der Erarbeitung individueller Smart-City-Strategien unterstützen. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Digitales und Innovation (federführend) überwiesen.

## Vegetation an Bahnstrecken

23.1.2020 – Die Landesregierung soll sich gegenüber Bund und Deutscher Bahn „weiterhin für eine verstärkte Vegetationskontrolle“ einsetzen. Einem entsprechenden Antrag der Fraktionen von CDU und FDP („Sturmfreie Schiene – Deutsche Bahn muss Vegetationskontrolle und Grünschnitt verstärken“, 17/8422) hat der Landtag mehrheitlich zugestimmt. Für den Antrag stimmten die Fraktionen von CDU und FDP. SPD und AfD stimmten dagegen, die Grünen enthielten sich. Die Attraktivität des Bahnverkehrs hänge nicht nur vom Ticketpreis ab, so CDU und FDP. Fahrgäste müssten sich auch „darauf verlassen können, pünktlich anzukommen“. Zu den häufigsten, „aber auch vermeidbaren“ Verspätungsgründen gehörten im Herbst und Winter Einschränkungen des Bahnverkehrs oder Streckensperrungen durch Gehölzabbrüche, umgestürzte Bäume und Laubabwurf. Störungen durch Sturmschäden nähmen zu. Eine Verbesserung des Vegetationsrückschnitts sei aus Sicherheitsgründen und der betrieblichen Stabilität des Netzes geboten. Zu prüfen seien auch „Möglichkeiten eines nachhaltigen Vegetationskonzeptes“.

# Gegen Hass und Hetze

## Landtag debattiert über Straftaten gegen Kommunalpolitikerinnen und -politiker

22. Januar 2020 – Politikerinnen und Politiker werden bedroht, beschimpft und angegriffen. Journalistinnen und Journalisten, Polizei und Rettungskräfte, Beschäftigte in Kommunalverwaltungen, ehrenamtlich Aktive und andere mehr sind ebenfalls Ziel von Hass, Hetze und Gewalt. Der Landtag hat in einer Aktuellen Stunde über das Thema debattiert.

Fotos: Schälte



Sven Wolf (SPD)

Frank Boss (CDU)

Marc Lürbke (FDP)

Verena Schäffer (Grüne)

Markus Wagner (AfD)

Innenminister  
Herbert Reul (CDU)

Der Debatte lagen zwei Anträge zugrunde: „Wir kriegen euch alle‘ – Ehrenamtlich Aktive, Amts- und Mandatsträger und Journalisten im Visier.“ (17/8493, SPD) und „Kommunale Amtsträgerinnen und Amtsträger vor Anfeindungen, Hass und Angriffen schützen“ (17/8494, CDU und FDP).

Er wolle allen Menschen, die „jeden Tag auf der Straße ihren Kopf hinhalten“, die volle Solidarität ausdrücken, sagte **Sven Wolf** (SPD): „Die Abgeordneten der demokratischen Fraktionen stehen an ihrer Seite. Sie sind nicht allein.“ Gemeinsam müsse man im Kampf gegen rechte Gewalt und gegen Hetze vorgehen. Wolf forderte, Schwachstellen zu beheben. So habe die frühere rot-grüne Landesregierung eine Bundesratsinitiative gestartet, um Straftaten gegen Amtsträgerinnen und -träger, Ehrenamtliche und Notfallhelferinnen und -helfer härter bestrafen zu können. Diese Initiative sei aber nach dem Regierungswechsel fallengelassen worden.

**Frank Boss** (CDU) nannte die Aktuelle Stunde zu dem Thema wichtig und richtig. Sie sei aber zugleich „beschämend und verstörend“. Es gehe darum, das Fundament der demokratischen Grundordnung zu schützen. Die Demokratie sei ohne das Engagement vor Ort nicht denkbar. Und der Staat müsse die Menschen, die für ihn einstünden, schützen. Boss sprach von einer „großen gesellschaftlichen Aufgabe“. Zugleich gehe es darum, die Polizei

zu stärken. Dazu habe die Landesregierung deutlich mehr Stellen geschaffen. Wenn notwendig, müsse es auch rechtliche Anpassungen „für eine starke Justiz“ geben.

„Angriffen auf unsere Werte und unsere Gesellschaft müssen wir ohne Wenn und Aber mit geeigneten Maßnahmen entgegentreten“, sagte **Marc Lürbke** (FDP). Zu den geeigneten Maßnahmen zähle jedoch nicht die Selbstbewaffnung von Politikerinnen und Politikern, wie sie der Bürgermeister von Kamp-Lintfort ins Spiel gebracht habe. Lürbke sagte: „Wir sind in Deutschland, nicht im Wilden Westen.“ Dass Menschen wegen ihrer Meinung und ihres Engagements angegriffen würden, sei furchtbar. Das Engagement vor Ort halte die Gesellschaft zusammen. Werde es bedroht, müsse man „Flagge zeigen“.

### „Kein neues Phänomen“

Das Phänomen, dass Politikerinnen und Politiker von Rechtsextremen bedroht würden, sei nicht neu, sagte **Verena Schäffer** (Grüne). Wenn diese Situation dazu führe, dass ehrenamtlich engagierte Menschen nicht mehr für Räte, Kreistage und Bezirksvertretungen kandidieren wollten, habe das „konkrete Auswirkungen auf die Demokratie“. Man müsse alles tun, damit die Einschüchterungsversuche erfolglos blieben. Schäffer regte auf Landesebene die Einrichtung einer Stelle zur juristischen Beratung von

Kommunen im Zusammenhang mit Rechtsextremismus an. Zudem sollten das „Dunkelfeld“ aufgehellt und Vorfälle dokumentiert werden.

**Markus Wagner** (AfD) sagte, dass nur wenige „Asoziale“ und „Feinde unserer Ordnung“ Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung wählten. Aufgabe der Polizei sei, diese Personen zu fassen, und Aufgabe der Justiz, sie zu verurteilen. „Wir, die Mehrheit, sagen Nein.“ Das gelte für alle, die „mit Gewalt und Bedrohung ihr parteipolitisches Spiel betreiben“. Auch AfD-Politiker würden oft angefeindet und bedroht. „Wir sollten uns gegen alle Täter richten.“ Nur so sei eine „Spaltung unseres Gemeinwesens“ zu verhindern. Es brauche eine Rückkehr zur Sachlichkeit und Offenheit für Kompromisse.

Innenminister **Herbert Reul** (CDU) hob hervor, dass sich Bedrohung und Gewalt gegen Amtsträger auf allen Ebenen richteten, die sich in Staat und Gesellschaft einbrächten. Es sei richtig, Strafverfolgung zu intensivieren und höhere Strafen zu fordern. Hetze und Gewalt begännen häufig aber im Internet, wo Täter nur schwer zu identifizieren seien. Die „total falsche Lösung“ sei, dass sich Menschen bewaffneten. Zudem könne es nicht die Antwort sein, „dass wir alle mit Personenschutz versehen“. Es müsse vielmehr über die Ursachen von Hass und Hetze nachgedacht und ein Konsens über Regeln des Rechtsstaats erzielt werden.

wib, zab, tob

# Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksachenummer | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | Beratungsstand

**Gesetz zur stärkeren Verankerung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung in der Arbeit des Westdeutschen Rundfunks (FDGO-WDR-Gesetz) | 17/8417 | AfD | 1. Lesung am 22. Januar 2020 | Überweisung an den Ausschuss für Kultur und Medien**

**Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes und der Kommunalwahlordnung | 17/8296 | Landesregierung | 1. Lesung am 22. Januar 2020 | Überweisung an den Innenausschuss**

**Gesetz zum Schutz der Bevölkerung vor sehr giftigen Tieren (Gifftiergesetz – GiftTierG NRW) | 17/8297 | Landesregierung | 1. Lesung am 22. Januar 2020 | Überweisung an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz**

**Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes und des Landesbeamtenversorgungsgesetzes – Gesetz zur Attraktivitätssteigerung des kommunalen Wahlamtes | 17/8452 | Landesregierung | 1. Lesung am 22. Januar 2020 | Überweisung an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen**

**Gesetz zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes NRW | 17/8298 | Grüne | 1. Lesung am 23. Januar 2020 | Überweisung an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen**

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer | 17/6758 | AfD | 2. Lesung am 23. Januar 2020 | abgelehnt**

**Gesetz zur Zustimmung zum Dreiundzwanzigsten Rundfunksänderungsstaatsvertrag und zur Änderung weiterer Gesetze (18. Rundfunkänderungsgesetz) | 17/8130 | Landesregierung | Ausschuss für Kultur und Medien | in Beratung**

**Gesetz zur Errichtung der Pflegekammer Nordrhein-Westfalen | 17/7926 | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung**

**Gesetz zur Erhöhung der Transparenz von Veranstaltergemeinschaften des lokalen Hörfunks (Lokalhörfunk-Transparenzgesetz NRW) | 17/7907 | AfD | Ausschuss für Kultur und Medien | in Beratung**

**Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes in Nordrhein-Westfalen – Einführung einer paritätischen Aufstellung der Wahllisten mit Frauen und Männern | 17/7753 | SPD und Grüne | Hauptausschuss | in Beratung**

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen (VSG NRW) | 17/7747 | AfD | Innenausschuss | in Beratung**

**Gesetz zur Anpassung und Bereinigung schulrechtlicher Vorschriften (15. Schulrechtsänderungsgesetz) | 17/7770 | Landesregierung | Ausschuss für Schule und Bildung | in Beratung**

**Gesetz zur Bildung von Vertretungen für ehrenamtliche Richterinnen und Richter | 17/7539 | SPD | Rechtsausschuss | in Beratung**

**Gesetz zur Erhöhung der Transparenz bei Beteiligungen politischer Akteure an Medien (Medientransparenzgesetz NRW) | 17/7360 | AfD | Ausschuss für Kultur und Medien | in Beratung**

**Gesetz zum Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen Tieren wildlebender Arten (Gefahrtiergesetz – GefTierG NRW) | 17/7367 | Grüne | Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz | in Beratung**

**Gesetz zur Stärkung der direkten Demokratie | 17/6586 | AfD | Hauptausschuss | in Beratung**

**Gesetz über die unabhängige Beauftragte oder den unabhängigen Beauftragten für die Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen (Polizeibeauftragten-gesetz Nordrhein-Westfalen – PolBeaufG NRW) | 17/6147 | Grüne | Innenausschuss | in Beratung**

**Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (Verfassungsänderung – Wahlalter auf 16 Jahre absenken) | 17/5619 | SPD | Hauptausschuss | in Beratung**

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die NRW.BANK | 17/4800 | CDU und FDP | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung**

**Gesetz zur Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen | 17/4115 | SPD | Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung**

**Gesetz zur Stärkung religiöser und weltanschaulicher Neutralität der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen | 17/3774 | Landesregierung | Rechtsausschuss | in Beratung**

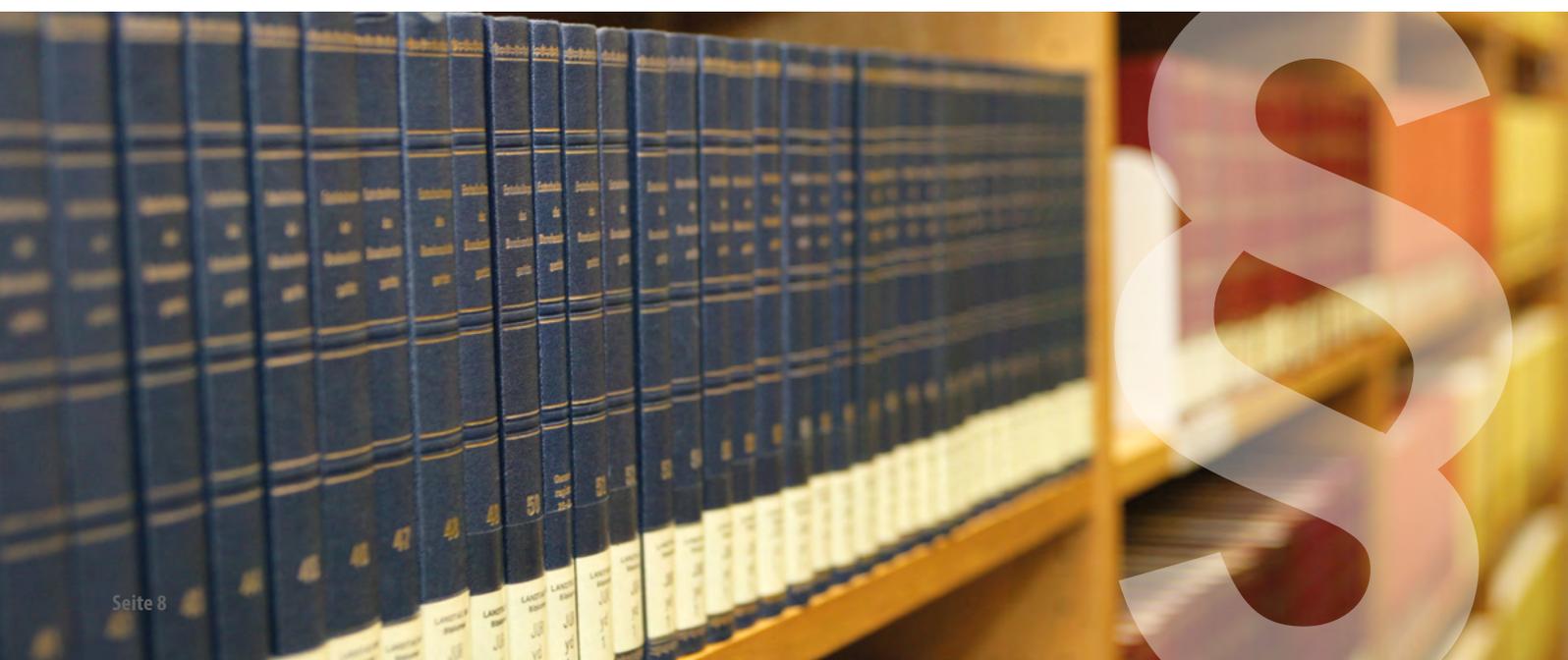




Foto: Schälte

SCHWERPUNKT

## Was Kinder zum Lernen brauchen Sachverständige äußern sich zu Plänen für die Grundschule

15. Januar 2020 – Kleinere Klassen, hochwertige Angebote im Offenen Ganzttag, eine bessere Bezahlung von Lehrkräften – das forderten Sachverständige im Ausschuss für Schule und Bildung. Der Anhörung lag ein Antrag der Grünen-Fraktion zugrunde.

Die Landesregierung habe angekündigt, sich „mit einem großen Wurf der Grundschule widmen zu wollen“, heißt es im Antrag der Grünen („Zukunftsplan Grundschule“, 17/6739). Termine seien allerdings verstrichen, „ohne dass auch nur in Ansätzen deutlich wird, womit sich der sogenannte ‚Masterplan Grundschule‘ beschäftigen wird“.

In einem 14-Punkte-Plan fordern die Grünen, dass u. a. ein Konzept erarbeitet werde, wie sich Grundschulen zu „Quartiersschulen mit der entsprechenden Vernetzung“ entwickeln können – ähnlich wie Kitas, die sich zu Familienzentren mit Bildungs- und Unterstützungsangeboten verändert hätten. Die Landesregierung solle zudem ein „Unterstützungskonzept“ für Grundschulen erarbeiten, das einen „schulscharfen Sozialindex“ beinhalte; ein solcher Index formuliert Kriterien, anhand derer Schulen mit besonderen Herausforderungen mehr Personal und Ressourcen erhalten.

Grundschulen solle in Zukunft ermöglicht werden, in den „gebundenen Ganzttag“ zu wechseln, bei dem sich Unterricht und außerunterrichtliche Angebote am Vor- und Nachmittag durchmischen, fordern die Grünen. Bei der Bezahlung von Lehrkräften an Grundschulen sei „die erforderliche Anpassung an das Niveau der Lehrkräfte in der Sekundarstufe II vorzunehmen“.

In ihrer gemeinsamen Stellungnahme legten die Kommunalen Spitzenverbände Nordrhein-Westfalen dar, sie seien „offen für jede Maßnahme“, die das Bildungswesen stärke. Um qualitativ hochwertige Ganztagsangebote zu schaffen, bedürfe es landesweiter Standards für Personal und Räume; das Land müsse für die Mehrkosten aufkommen. Auch mit Blick auf Quartiersschulen würden sich „veränderte Raumbedarfe“ ergeben.

Der Grundschulverband NRW unterstützte die Forderungen der Grünen „in allen Punkten“.

Lehrerinnen und Lehrer an Grundschulen fehlten in Nordrhein-Westfalen „in einem bedrückenden Ausmaß“. Von einer sach- und fachgerechten Ausstattung könne vielerorts nicht die Rede sein. „Die pädagogische Infrastruktur ist teilweise marode oder gar nicht vorhanden.“ Aufgrund einer unzureichenden Finanzierung klaffe beim Offenen Ganzttag „eine Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit“.

### Mehr Personal, kleinere Klassen

Auch der Verband für Bildung und Erziehung begrüßte die im Antrag genannten Forderungen, „da es grundlegend notwendig ist, die Grundschule in NRW zukunftsfähig zu machen“. Der Verband forderte eine Eingangsbesoldung nach A13/EG13 für alle Lehrkräfte sowie multiprofessionelle Teams in Schulklassen. Um Entlastungen für Lehrkräfte zu erreichen, solle u. a. die Klassengröße auf 24 Kinder reduziert werden, wobei Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf doppelt zu zählen seien. Der VBE äußerte sich positiv zu angedachten Quartiersschulen. Die aktuelle Ausstattung von Grundschulen lasse eine solche Weiterentwicklung in der Regel aber nicht zu.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft sieht mit Blick auf Grundschulen „dringenden Handlungsbedarf“. Die Gewerkschaft forderte eine Besoldung nach A13z/EG13, mehr Entlastung für Lehrkräfte und „endlich gute Standards für die Inklusion an Grundschulen“. Angesichts der jetzigen Bedingungen, die durch Sparpolitik und falsche Priorisierungen herbeigeführt worden seien, könnten Grundschulen „über die klassische Bildungsarbeit hinausgehende Aufgaben nicht leisten“. Daher sei das Konzept der Quartiersschulen – obwohl grundsätzlich zu begrüßen – aktuell nicht umzusetzen.

Laut Landeselternschaft Grundschule in NRW weist der 14-Punkte-Plan der Grünen „etliche Merkmale zur Verbesserung der Situation an Grundschulen“ auf. Leider nehme keine Forderung die finanzielle und „damit auch schulräumliche Situation der Städte“ in den Blick. Es fehle die Aufforderung an das Land, Städte bei der Umsetzung von Quartiersschulen, der Erarbeitung eines „schulscharfen Sozialindex“ und beim Wechsel zum gebundenen Ganzttag finanziell zu unterstützen. Das Thema Inklusion sei mit dem Antrag „maximal gestreift“ worden. Damit werde „eine der drängendsten Herausforderungen von Grundschule aus unserer Sicht nicht angemessen berücksichtigt“.

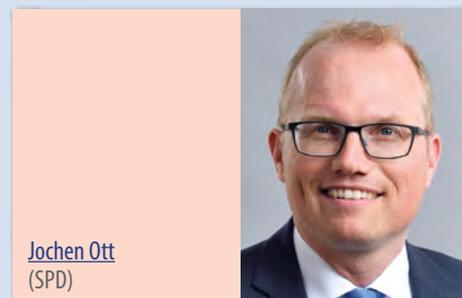
tob

Mehr zum Thema lesen Sie auf den Seiten 10 und 11.

SCHWERPUNKT

# Standpunkte

## Meinungen zum Thema „Zukunft der Grundschule“



**Grundschulen ...** ... sind von elementarer Wichtigkeit für eines der wichtigsten Ziele der NRW-Koalition: Wir wollen Kindern den Aufstieg unabhängig von der Herkunft der Eltern ermöglichen. Um dies zu erreichen, brauchen unsere Grundschulen vor allem deutlich mehr qualifiziertes Fachpersonal. Die Vorgängerregierung hat es versäumt, ausreichend Grundschullehrkräfte auszubilden. Wir schaffen mehr als 700 Studienplätze. Oberstufenlehrkräften werden wir es ermöglichen, Lehramt für die Schulform Grundschule zu erwerben.

... leisten jeden Tag Enormes. Sie leben täglich Integration und Inklusion vor. Aber das System ist auch an den Grenzen des Leistbaren. Diese Schulform braucht die größtmögliche Unterstützung und liegt uns daher besonders am Herzen. Alle Kinder besuchen die Grundschule und sie ist das Fundament für die schulische Ausbildung. Wir fordern, dass die Landesregierung endlich den lang versprochenen Masterplan vorlegt.

**Die Bezahlung von Lehrkräften ...** ... ist auch Teil der Wertschätzung für den Beruf. Arbeitsbelastung, Anforderungen und Belastungen in den verschiedenen Lehrämtern sind nicht gleich, aber sie sind gleichwertig. Durch die Angleichung der Lehramtsausbildung für die Primarstufe und die Sekundarstufe I an die Ausbildung für Sekundarstufe II ist es notwendig geworden, die besoldungsrechtlichen Konsequenzen zu ziehen. Dies werden wir in dieser Legislaturperiode angehen. Wir arbeiten an einer rechtssicheren, haushalterisch vertretbaren und für die Lehrkräfte fairen Regelung.

...muss endlich neugestaltet werden. Das klare Bekenntnis für A-13 für alle ist überfällig. Grundschullehrkräfte verdienen aufgrund ihrer täglichen Leistungen und ihrer Ausbildung das gleiche Gehalt wie ihre Kolleginnen und Kollegen an weiterführenden Schulen. Die Unwucht in der Bezahlung spiegelt sich in der Verteilung der Lehrkräfte über die Schulformen wider. In den schlechter bezahlten Schulformen fehlen die meisten Lehrkräfte.

**Der schulscharfe Sozialindex ...** ... war ein zentrales bildungspolitisches Versprechen der Vorgängerregierung, das nicht erfüllt wurde. Hier hat man versagt und klar die eigenen Ziele verfehlt, zulasten unserer Jüngsten. Wir besetzen bereits heute deutlich mehr Stellen auf Basis des Kreissozialindex, als das unter Rot-Grün passiert ist. Aktuell wird ein schulscharfer Sozialindex entwickelt, der noch in dieser Legislaturperiode zur Anwendung kommen wird. Dieser wird weitere spürbare Verbesserungen für Schulen mit besonderen Herausforderungen möglich machen.

...ist eine sozialdemokratische Forderung. Alle Schülerinnen und Schüler haben unabhängig von ihrer sozialen Herkunft ein Recht auf gute Bildung. Grundschulen brauchen den schulscharfen Sozialindex, damit die finanziellen und personellen Mittel dorthin gelangen, wo sie besonders benötigt werden. Nur so können alle Kinder die gleichen Bildungschancen haben.

**Offene Ganztagschulen ...** ... sind mittlerweile in allen Landesteilen wichtige Institutionen an der Schnittstelle von Bildung, Betreuung und Erziehung, die von einer steigenden Zahl von Eltern als wichtig empfunden werden. Wir werden den Ausbau der Plätze weiter vorantreiben. Der im Bund angestrebte Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Primarbereich ab 2025 ist nur umsetzbar, wenn der Bund dauerhaft Mittel zur Verfügung stellt.

... haben eine große Bedeutung für Familien. Sie ermöglichen den Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und den Kindern die Entwicklung ihrer Potentiale. Es müssen endlich landesweit einheitliche Qualitätsstandards aufgestellt werden und die Beschäftigten brauchen gute Arbeitsverträge. Diese Forderung haben auch die heutigen Koalitionspartner vor der Landtagswahl aufgestellt, wollen davon heute aber nichts mehr wissen.



... schaffen das Fundament für einen erfolgreichen Bildungsweg unserer Schülerinnen und Schüler. Sie wecken die Lust am Lernen, Lesen, Schreiben und Rechnen sowie am Forschen und Entdecken. Davon profitieren Schülerinnen und Schüler ein Leben lang. Deswegen stärken wir Grundschulen – etwa mit zusätzlichem, multiprofessionellem Personal und mehr Entlastung für die Lehrerinnen und Lehrer.

... sind seit 100 Jahren Schulen für **alle** Kinder. Sie sind Basis guter schulischer Bildung und leben Inklusion im weiten Sinne. Trotzdem gibt es hier immer noch die höchsten Unterrichtsverpflichtungen und die geringsten Entlastungen. Es wird Zeit, das System vom Kopf auf die Füße zu stellen und – nach internationalem Vorbild – mehr in Grundschulen für Kinder am Anfang der Schullaufbahn zu investieren.

... sollen die Grundlagen und Voraussetzungen für alle Schülerinnen und Schüler schaffen, einen erfolgreichen und hochwertigen Bildungsweg in der jeweiligen Schullaufbahn zurückzulegen. Deshalb ist das intensive Einüben der Kulturtechniken Lesen, Schreiben, Umgang mit Sprache und Rechnen deren vordringlichste Aufgabe und Ausgangspunkt für andere kreativ-ästhetische Bildungserfahrungen.

... ist eine sehr komplexe Angelegenheit und Änderungen an einer Stelle ziehen gegebenenfalls weiteren Anpassungsbedarf nach sich. Wir arbeiten an einer Lösung für die besoldungsrechtlichen Konsequenzen der veränderten Lehrerausbildung. Für uns ist klar: Das Grundschullehramt ist elementar wichtig. Denn hier werden die Grundlagen für den weiteren Bildungserfolg gelegt.

... in der Grundschule und der Sekundarstufe I muss endlich auf A13 angehoben werden. Das entspricht der Aufgabe, der Ausbildung und macht die Arbeit dann auch für andere Lehrämter (Sek. II) attraktiv. Dazu brauchen gerade die Grundschulen deutliche Entlastungen. Angesichts der guten Haushaltslage ist eine weitere Verweigerung der besseren Bezahlung und Ausstattung mutwillige Beschädigung von Bildungschancen.

... ist als Thema vom linken politischen Spektrum im Rahmen seiner Gleichheitsideologie in die politische Debatte eingebracht worden. Als taktisches Ablenkungsmanöver erhitze sie zunächst die Gemüter, indem ein „Gerechtigkeitsproblem“ im Bildungswesen artifiziell erzeugt wurde. Erreicht wird dadurch effektiv eine Situation, in der die verschiedenen Schulformen gegeneinander aufgewiegelt werden.

... wird in Regierungsverantwortung der FDP eingeführt. Damit können wir der Situation im Stadtteil und jeder einzelnen Schule besser gerecht werden und Stellen und Ressourcen dort hinbringen, wo sie am dringendsten benötigt werden. Wir haben schon 1.700 Stellen für Sozialpädagoginnen und -pädagogen an Grundschulen nach Sozialindex verteilt – das Feedback der Schulen dazu ist überragend.

... muss jetzt flächendeckend kommen. Er unterstützt die Arbeit an herausfordernden Standorten und sorgt für mehr Chancengleichheit. Das Ministeriumsprojekt „Talentschulen“ hilft nicht, denn es sorgt für ein Konkurrieren um die Ressourcen unter den Schulen in schwieriger Lage. Grundschulen sind zudem ausgeschlossen. Und Ergebnisse gibt es erst nach langer wissenschaftlicher Begleitung.

... stellt in jedem Fall eine qualifizierte Alternative zum Kreissozialindex dar, weil damit diverse Variablen in der Beurteilung eines Standorts Berücksichtigung finden. Eine Umverteilung der Ressourcen im Bildungsbereich und eine einseitige Bevorzugung einzelner Schulen wird das Problem nicht beseitigen helfen. Dafür sind allgemeine gesellschaftliche Anstrengungen vonnöten.

... sind ein Erfolgsmodell, das wir weiter stärken wollen. Die OGS verbessert nicht nur die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sie schafft auch soziale Gerechtigkeit und ist ein unverzichtbares Bildungsangebot. Im kommenden Jahr wird die Zahl der OGS-Plätze in NRW daher auf Rekordniveau ausgebaut. Diesen Weg werden wir weitergehen und gleichzeitig die hohe Bildungsqualität der OGS weiter stärken.

... brauchen Standards, wie beispielsweise eine Erzieher\*innenstelle pro OGS-Gruppe und Inklusionsunterstützung nicht nur im Unterricht. Nur so kann die Qualität vergleichbar in NRW entwickelt werden. Grundschulen, die das wollen, sollen gebundene Ganztagschule werden können. Die Landesregierung muss endlich ihr Konzept zur Umsetzung des Ganztagsanspruchs und Gespräche mit dem Bund offenlegen.

... stellen eine unerlässliche Ergänzung zu den als Halbtagschule konzipierten Grundschulen dar und sind somit ein wertvolles Angebot für Eltern und Kinder. Grundschulen flächendeckend als Ganztagschulen einzurichten, ist aus vielerlei Gründen schädlich. Stattdessen sollte das Konzept der OGS durch landesweite Standards und ein tragfähiges Finanzierungskonzept fest verankert werden.

Sitzung

# AUS DEN FRAKTIONEN

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

## Mit 45 km/h in die mobile Freiheit – Moped-Führerschein ab 15 Jahre



Foto: Adobe Stock

Helm auf und los! NRW wird das erste Bundesland sein, das den Moped-Führerschein per Rechtsverordnung ab 15 Jahre zulässt. So hat es das Landeskabinett jetzt beschlossen.

Damit eröffnen wir den jungen Menschen in Nordrhein-Westfalen ganz neue Möglichkeiten. Denn Mobilität bedeutet persönliche Freiheit. Gerade als Jugendlerner will und kann man nicht immer auf die Eltern zurückgreifen, um von A nach B zu kommen.

Vor allem im ländlichen Raum ist der Weg zur Schule, zur Ausbildungsstelle oder zu Freunden mit einem eigenen fahrbaren Untersatz einfach leichter zu bewältigen. Aber auch in der Stadt können die Wege lang und die Anbindung nicht immer passend sein.

Natürlich bleiben eine qualitativ gute Fahrausbildung und die Führerscheinprüfung Vor-

aussetzung, bevor die Jugendlichen sich aufs Moped setzen – denn freie Fahrt heißt auch immer sichere Fahrt, in jedem Alter.

Bisher gab es zum Moped-Führerschein mit 15 Jahren befristete Modellversuche in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. Dort wurden gute Erfahrungen mit der Herabsetzung des Alters gemacht. Daher hat der Bund den Ländern Ende 2019 die Möglichkeit eingeräumt, das Mindestalter von 16 auf 15 Jahre zu senken.



## Guntram Schneider – ein Sozialdemokrat mit Herz

Am 3. Januar 2020 erreichte uns die Nachricht vom Tod unseres früheren Fraktionskollegen Staatsminister a.D. Guntram Schneider.

Er verstarb im Alter von 68 Jahren viel zu früh. Guntram Schneider war ein kerniger und aufrichtiger Mann, der sein Herz stets am rechten Fleck getragen hat und immer geradeaus war. Als DGB-Landesvorsitzender von NRW und auch als Arbeitsminister hat er sich große Verdienste um Chancengerechtigkeit, die Sozialpartnerschaft und die berufliche Bildung erworben. Auch in seiner Funktion als Integrationsminister hat er Maßstäbe gesetzt. Mit dem ersten Teilhabe- und Integrationsgesetz eines Flächenlandes hat er NRW bundesweit zum Vorreiter gemacht. Darauf konnte er, darauf konnten wir als seine Wegbegleiter stolz sein.

„Guntram Schneider war im wahrsten Sinne ein Mann der Arbeit, ein Kämpfer für die Sozialdemokratie“, sagte Fraktionsvorsitzender Thomas Kutschaty über seinen früheren Ministerkollegen im Kabinett von Ministerpräsidentin a.D. Hannelore Kraft. „Seine Biografie spricht Bände darüber, wer er war und für was er einstand. Als Arbeiterkind, gelernter Werkzeugmacher und Gewerkschafter stand er authentisch und aus Lebenserfahrung für das, woran er glaubte. Wenn er von etwas überzeugt war, fand er klare Worte, stritt sich darum und verbog sich nie. Als Fraktion werden wir ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Möge er in Frieden ruhen.“

NRW  
DIE FRAKTION

SPD

## Neujahrsempfang der FDP-Landtagsfraktion NRW

Mit rund 1.200 Gästen hat die FDP-Landtagsfraktion gemeinsam mit dem FDP-Landesverband ihren traditionellen Neujahrsempfang in Düsseldorf gefeiert. Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen die Erneuerung des Aufstiegsversprechens und die Kommunalpolitik.

Christof Rasche, Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion, nannte Kernziele der Freien Demokraten im Landtag NRW: Wohlstand und Arbeitsplätze, soziale Marktwirtschaft und eine gesunde Umwelt. „Damit unterscheiden wir uns von anderen Parteien und Fraktionen. Bei uns gibt es keinen Stillstand, keinen Neid und keine Verbotskultur. Wir setzen auf Vernunft und Vertrauen in die Menschen.“

In einer Talkrunde sprach Henning Höne, Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Landtagsfraktion, mit den FDP-Bürgermeis-

terinnen und Bürgermeistern Claudia Bögel-Hoyer (Steinfurt), Dr. Thomas Nitzsche (Jena), Kai Abruszat (Stemwede) sowie der Düsseldorfer OB-Kandidatin Marie-Agnes Strack-Zimmermann über erfolgreiche Kommunalpolitik. Eine zweite Talkrunde beschäftigte sich mit dem Projekt „Verfassungsschüler“, das in der Dortmunder Nordstadt ein gelungenes Beispiel für politische Bildung und soziale Arbeit ist.

Joachim Stamp, stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration, sprach sich in seiner Rede für die Stärkung mittlerer Berufsabschlüsse und eine Öffnung der Polizei für Realschüler aus: „Wenn wir über Aufstieg sprechen, müssen wir sicherstellen, dass Leistung sich lohnt“, erklärte er.



V.l.: Marie-Agnes Strack-Zimmermann (OB-Kandidatin FDP Düsseldorf), Christof Rasche (Vorsitzender FDP-Fraktion), Linda Teuteberg (Generalsekretärin FDP)

**Freie Demokraten**  
Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen **FDP**

## Abschaffung der Stichwahl ist verfassungswidrig

Erst im April 2019 haben CDU und FDP die Abschaffung der Stichwahl bei der Wahl der Stadtoberhäupter beschlossen. Nur acht Monate später musste die schwarz-gelbe Landesregierung eine schmerzhaft Niederlage einstecken, denn das NRW-Verfassungsgericht hat verkündet: Die Abschaffung der Stichwahl ist verfassungswidrig. Zusammen mit der SPD haben wir im Juli 2019 eine Normenkontrollklage beim Landesverfassungsgericht eingereicht. Wir freuen uns sehr, dass das Gericht unsere Sicht bestätigt hat, dass die Abschaffung der Stichwahl durch CDU und FDP eine Schwächung der Legitimation der Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte bedeutet und daher verfassungswidrig ist. Das Gericht ist unserer Argumentation in allen wesentlichen Punkten gefolgt. Denn mit

der Abschaffung der Stichwahl sollten allein parteipolitische Interessen vor allem der CDU



bedient werden, deren Kandidaten häufig das Nachsehen bei Stichwahlen hatten. Nicht zuletzt die Ergebnisse bei der Europawahl haben gezeigt, dass oft drei Parteien mit nur geringem Stimmenunterschied um Platz 1 stritten. Nicht selten hätte ein Bürgermeister ohne die Stichwahl womöglich drei Viertel der Stimmen gegen sich gehabt.

Damit wird das Wahljahr 2020 nicht nur spannender, sondern es werden eindeutige Ergebnisse mit klarer Legitimation für die Stadtoberhäupter erreicht!



## Kommt der öffentlich-rechtliche Rundfunk wirklich noch seinem Auftrag nach?

Die Instrumentalisierung eines Kinderchors für ideologische Propaganda durch den WDR mit dem Lied „Oma ist 'ne alte Umweltsau“ hatte in den Tagen um Silvester für heftige Empörung in der Bevölkerung gesorgt. Deshalb hatte die AfD-Fraktion den Fall auf die Tagesordnung des Kultur- und Medienausschusses setzen lassen und wird die causa zudem im Rundfunkrat erörtern. „Es muss Konsequenzen haben, wenn der WDR mit einem Lied eine ganze Generation auf widerwärtigste Weise verunglimpft“, sagt Herbert Strothebeck MdL.

Doch auch darüber hinaus werden nun erneut Fragen zu den Strukturen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gestellt, nach der Legitimation von Zwangsgebühren (die die AfD schon programmatisch ablehnt) und inwieweit der WDR seinem eigentlichen Auftrag noch

nachkommt. Bekommen die Bürger tatsächlich eine umfassende, objektive, unabhängige und politisch absolut neutrale Berichterstattung? Gehen die Sender verantwortungsvoll und sorgfältig mit dem zwangsweise erhobenen Geld der Gebührenzahler um, und ist eine erneute Erhöhung wirklich notwendig? Ist die Sicherung der Meinungsvielfalt noch gewährleistet, kommt der Rundfunk seiner grundlegenden Funktion „Meinungsp pluralität zu schaffen“ nach oder wird nicht längst eine ganz bestimmte Richtung präferiert? Wie unabhängig kann ein Organ überhaupt sein, das von politischen Parteien kontrolliert wird?

Sven W. Tritschler, medienpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, wird das Thema wei-



terhin auf der Tagesordnung halten: „Wir werden diese Fragen stellen und wir werden auf erschöpfende Antworten pochen. Ein öffentlich-rechtlicher Rundfunk mit Programmangeboten zur Information, Bildung, Kultur und Unterhaltung und dabei zur Sicherung der Meinungsvielfalt ist richtig und wichtig – ein zwangsfinanzierter Meinungshegemon hingegen gehört grundlegend reformiert!“



# Nordrhein-Westfalen feiert 70 Jahre

Die Welt im Juli 1950. Uruguay gewinnt die Fußballweltmeisterschaft, in Berlin wird das Kaufhaus des Westens (KaDeWe) wiedereröffnet. Die Stadt Köln feiert ihren 1.900. Geburtstag, in Frankfurt am Main wird der Zentralrat der Juden in Deutschland gegründet. Frankreich sichert den USA seine volle Unterstützung im Koreakrieg zu, ein Zirkuselefant übersteht den Sturz aus der Wuppertaler Schwebebahn unverletzt. Und in Nordrhein-Westfalen tritt nach einem Volksentscheid – dem ersten und bislang einzigen in der NRW-Geschichte – die Landesverfassung in Kraft.

70 Jahre ist das nun bald her. Der Landtag wird das Jubiläum mit einer großen Festveranstaltung am Donnerstag, 18. Juni 2020, im Plenarsaal feiern.

Doch zunächst ein Blick zurück. Das Land Nordrhein-Westfalen verdankt seine Entstehung der „Operation Marriage“ (Operation Hochzeit). So lautete 1946 der Codename der britischen Militärregierung für ihren Plan, die früheren preußischen Provinzen Nordrhein und Westfalen zu einem neuen Bundesland zu „verheiraten“. Die britische Regierung billigte diesen Plan. Am 23. August 1946, ein knappes Jahr nach dem Ende des Zweiten

Weltkriegs, wurde er umgesetzt. Das Land lag zu dieser Zeit in Trümmern; die Menschen hatten Hunger, viele nicht mal ein Dach über dem Kopf.

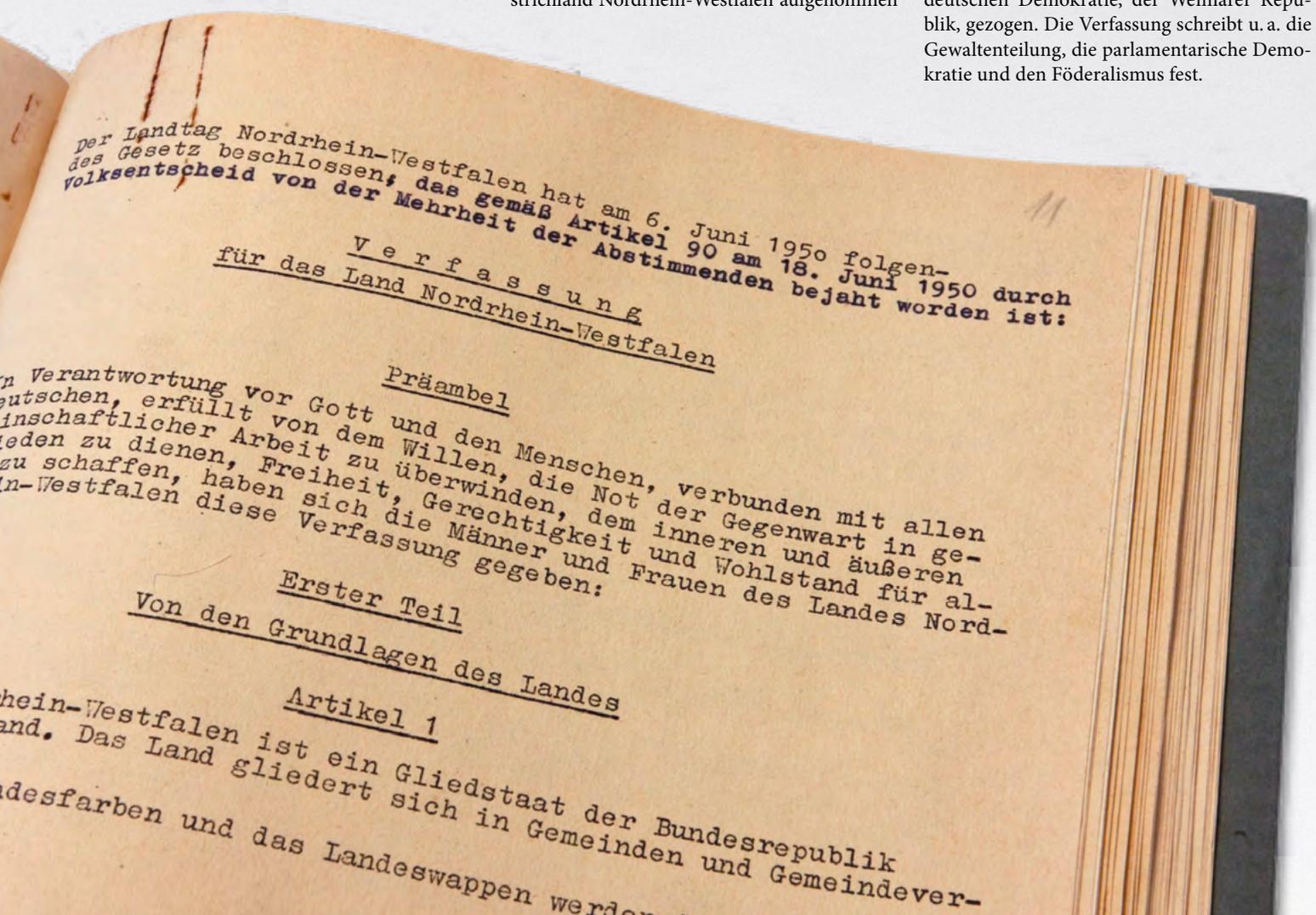
## 1947 erste Landtagswahl

Der erste Landtag wurde nicht gewählt, sondern von der britischen Militärregierung ernannt. Er setzte sich aus 100 Mitgliedern des nordrheinischen Landesteils und weiteren 100 Mitgliedern des früheren westfälischen Provinzialrates zusammen. Die konstituierende Sitzung erfolgte am 2. Oktober 1946. Die erste Landtagswahl fand am 20. April 1947 statt. Zuvor war ein dritter Partner in das Bindestrichland Nordrhein-Westfalen aufgenommen

worden: Am 21. Januar 1947 wurde das Land Lippe mit NRW vereinigt – alle drei Landesteile finden sich im NRW-Wappen: der Rhein für das Rheinland, das Ross für Westfalen und die Rose für Lippe.

Seine Verfassung erhielt das Land Nordrhein-Westfalen jedoch erst am 11. Juli 1950. In ihr sind die grundsätzlichen Regeln festgelegt, nach denen eine Gemeinschaft gestaltet werden soll. Bis heute ist sie das Fundament des Zusammenlebens im bevölkerungsreichsten Bundesland. Mit der Landesverfassung wurden – wie beim Grundgesetz 1949 – Konsequenzen aus zwei Weltkriegen, aus der menschenverachtenden Diktatur der Nationalsozialisten und dem Scheitern der ersten deutschen Demokratie, der Weimarer Republik, gezogen. Die Verfassung schreibt u. a. die Gewaltenteilung, die parlamentarische Demokratie und den Föderalismus fest.

Fotos: Schälte



# Landesverfassung

Die ersten Beratungen über eine Landesverfassung wurden im November 1946 geführt. Die Briten hatten dies veranlasst. Ein „vorläufiges Landesgrundgesetz“ lag im Januar 1947 vor, wurde aber wegen der ersten Landtagswahlen im April 1947 nicht weiter beraten. Ein neuer Verfassungsentwurf des Innenministers wurde von KPD und FDP abgelehnt. Die Fraktionen präsentierten eigene Entwürfe. Zudem mussten Vorstellungen der Briten berücksichtigt werden. Folge: Der Landtag bildete einen eigenen Verfassungsausschuss. Im Frühjahr 1949 musste er seine Arbeit vorläufig abbrechen, um die Fertigstellung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland abzuwarten. Es sollte den Rahmen für die künftige Landesverfassung bilden.

## 22 Sitzungen

Als das Grundgesetz am 23. Mai 1949 in Kraft trat, ging es auch mit der Landesverfassung weiter. Allerdings bestanden innerhalb der Koalition aus CDU, SPD, Zentrum und KPD Differenzen, und auch innerhalb der Landesregierung existierten zwei unterschiedliche Entwürfe. Nach 22 Sitzungen des Verfassungsausschusses wurde dem Landtag schließlich eine Vorlage zur Entscheidung präsentiert. Sie wurde Anfang Juni 1950 mit knapper Mehrheit angenommen. In Kraft trat die Verfassung aber erst nach einem von den Briten angeordneten Volksentscheid. Er fand zeitgleich mit den Landtagswahlen am 18. Juni 1950 statt und ergab mit 62 Prozent der abgegebenen Stimmen eine einfache Mehrheit für die Annahme der Verfassung. *red*



Prof. Dr. Andreas Heusch (l.), Prof. Dr. Klaus Schönenbroicher (2. v. r.) und Dr. Hans-Josef Thesling (r.) überreichen die Neuauflage an Präsident André Kuper.

## Kommentar zur Landesverfassung

Die Herausgeber des Kommentars zur Landesverfassung Nordrhein-Westfalen, Prof. Dr. Klaus Schönenbroicher und Prof. Dr. Andreas Heusch, sowie Dr. Hans-Josef Thesling haben am 11. Dezember 2019 die zweite und aktualisierte Auflage des Werks an den Präsidenten des Landtags, André Kuper, übergeben. In diesem Jahr feiert der Landtag das NRW-Verfassungsjahr anlässlich des 70. Jahrestags des Inkrafttretens der Verfassung.

### „Gute Handreichung“

Der Großkommentar ist besonders der Staatspraxis verpflichtet und befasst sich mit der Verfassungsgemäßheit des Handelns von Parlament, Verwaltung und Justiz auf der Basis von Grundgesetz und Landesverfassung. Präsident Kuper, der auch das Geleitwort ge-

schrieben hat, sagte: „Der Kommentar zur Landesverfassung ist eine gute Handreichung für alle Praktiker im Staatsausbau von Nordrhein-Westfalen. Auch Überlegungen der Verfassungskommission des Landtags aus der vergangenen Wahlperiode werden dort aufgegriffen. Ich freue mich, dass es eine aktuelle Auflage gibt, gerade im Hinblick auf das NRW-Verfassungsjahr 2020.“

Die seit der Voraufgabe aus dem Jahr 2010 erfolgten verfassungs- und einfachrechtlichen Änderungen sind wie auch die Rechtsprechung, insbesondere des Verfassungsgerichtshofs, in der Neuauflage berücksichtigt. Autoren und Herausgeber sind als Richter der Verwaltungsgerichtsbarkeit, Hochschuldozenten bzw. Beamte in Landesverwaltung und Landtag mit Fragen der Landesverfassung vertraut.

## Die Landesverfassung

Die Bundesrepublik Deutschland hat eine föderale Struktur, ist also in Länder gegliedert. Das Grundgesetz gilt für ganz Deutschland. Es bildet den Rahmen für die Landesverfassungen.

Die nordrhein-westfälische Landesverfassung besteht aus drei Teilen: „Von den Grundlagen des Landes“, „Von den Grundrechten und der Ordnung des Gemeinschaftslebens“ und „Von den Organen und Aufgaben des Landes“. Die einzelnen Teile sind noch einmal in Abschnitte und Artikel untergliedert. Themen sind u.a. Familie, Schule, Kunst und Wissenschaft, Sport, Religion und Religionsgemeinschaften, Arbeit, Wirtschaft, Umwelt, Landtag, Landesregierung, Gesetzgebung, Rechtspflege, Verfassungsgerichtshof, Verwaltung und Finanzwesen.

# Mehr Platz für den Landtag –

15. Januar 2020 – Der Landtag am Düsseldorfer Rheinufer war bei seiner Eröffnung 1988 nicht nur einer der beeindruckendsten Parlamentsneubauten der deutschen Nachkriegsgeschichte. Mit dem auf dem Gelände des ehemaligen Berger Hafens errichteten Gebäude gab das Parlament auch den Startschuss für die städtebauliche Entwicklung des gesamten Hafengebietes, das heute als Medienhafen bundesweit bekannt ist. Nun plant der Landtag einen Erweiterungsbau – und wieder geht es um mehr ...

Mitte Januar gaben Landtag und Stadt Düsseldorf gemeinsam den Startschuss für einen europaweiten Architekten- und landschaftsplanerischen Wettbewerb. Darin geht es nicht nur um die Erweiterung des Landtagsgebäudes. Vielmehr sollen zugleich der Bürgerpark Bilk, in den der Landtag eingebettet ist, und die Verbindung zur Altstadt mit ihrer beliebten Rheinuferpromenade weiterentwickelt werden.

In einer Informationsveranstaltung präsentierten der Präsident des Landtags, André Kuper, und die Düsseldorfer Beigeordnete Cornelia Zuschke am 15. Januar 2020 den Wettbewerb und beantworteten die Fragen der Bürgerinnen und Bürger. Der Erweiterungsbau soll auf einer Fläche von rund 7.000 Quadratmetern gebaut werden, die die Parkplätze umfasst, die derzeit zwischen Rheinturm und WDR-Grundstück liegen. Es sollen zudem

Ideen für eine Verbindung zum Hauptgebäude entwickelt werden.

Die Erweiterung des Parlaments wird notwendig, weil im heutigen Gebäude der Bedarf an Büro- und Sitzungsräumen nicht mehr abgedeckt werden kann. Seit Eröffnung des Landtags vor 32 Jahren hat sich die parlamentarische Arbeit deutlich verändert: Immer komplexere Problemstellungen erfordern mehr externe fachliche Expertise. So hat sich die Zahl der Sachverständigenanhörungen seit der 12. Wahlperiode (1995 bis 2000) nahezu vervierfacht.

## Geplant für drei Fraktionen

Auch führen die Fraktionen heute weitaus mehr Veranstaltungen durch, um die Bürgerinnen und Bürger direkt zu informieren – pro Jahr sind dies etwa 200 Foren oder Diskussionsveranstaltungen.

Die Zahl der Buchungen von Sitzungssälen stieg seit 2005 von 2.000 auf 12.000 pro Jahr. Mehr als 70.000 Bürgerinnen und Bürger besuchen Jahr für Jahr ihr Landesparlament. Besonders Wert legt der Landtag auf den Kontakt mit Schülerinnen und Schülern, um bei ihnen für die parlamentarische Demokratie zu werben. Und nicht zuletzt wurde das Gebäude in den 80er-Jahren für drei Fraktionen geplant – heute sind fünf Parteien im Landesparlament vertreten.

Wegen der Raumknappheit sind Abgeordnete, deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die rund 300 Mitglieder der Landtagsverwaltung mittlerweile auf vier Gebäude verteilt – die Auslagerung von Referaten und Arbeitsbereichen aus dem Hauptgebäude ist auf Dauer unwirtschaftlich und ineffizient.

Hier soll der Erweiterungsbau Abhilfe schaffen. Das neue Gebäude wird nicht höher sein



# mehr Grün für die Stadt

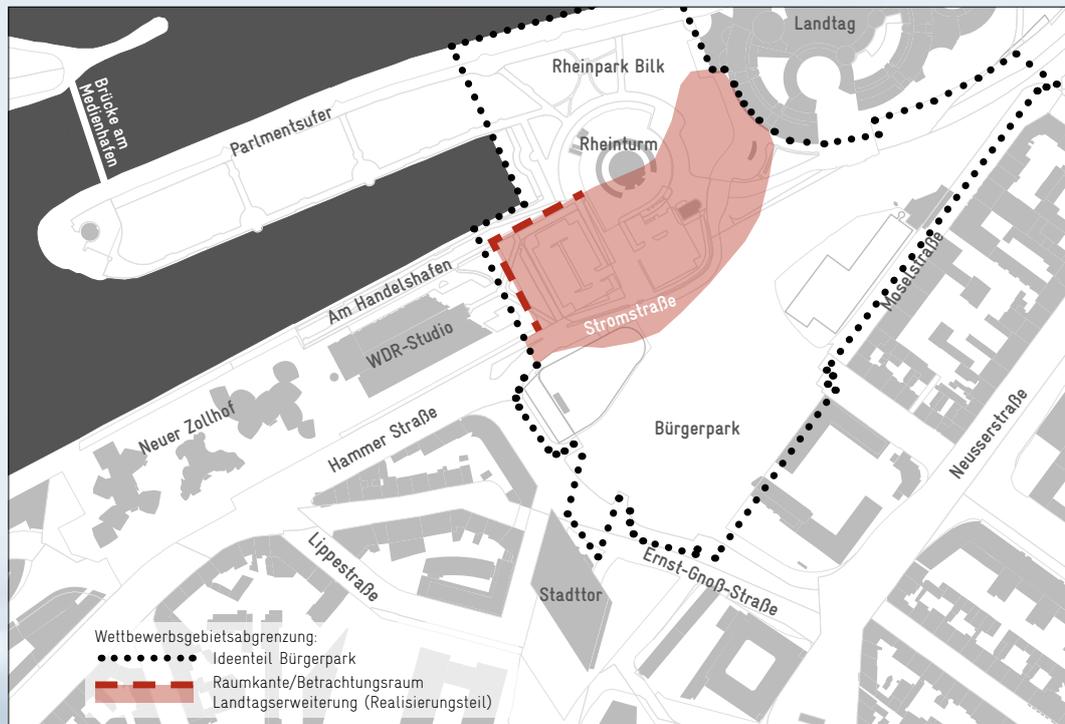
als das Hauptgebäude mit seinen 28 Metern. Geplant sind größere und kleinere Sitzungssäle, Besprechungsräume und Büros. Zudem wird der Neubau über eine eigene Tiefgarage verfügen. Bei Planung und Bau wird besonderer Wert auf Wirtschaftlichkeit sowie auf Klimaschutz und Nachhaltigkeit gelegt, beispielsweise in Bezug auf Flächennutzung und Energieeffizienz.

## „Grünes Eingangstor“

Mit dem Erweiterungsbau sollen zudem die umliegenden Freiräume weiterentwickelt werden – und hier eben besonders der Bilkler Bürgerpark, das „grüne Eingangstor“ zum Medienhafen. Er hat eine hohe Bedeutung als innerstädtischer Ruhe- und Erholungsort. Zugleich kommt ihm als Verbindung zwischen der Rheinuferpromenade und dem Medienhafen eine besondere stadtplanerische Bedeutung zu, die gestärkt werden soll.

Nun sind kreative Ideen gefragt – bis Ende August läuft der Wettbewerb, im Oktober tagt das Preisgericht und voraussichtlich im November sollen die eingereichten Vorschläge öffentlich ausgestellt werden.

red





# AUS DEN AUSSCHÜSSEN

Foto: Schälte

## Umweltspuren

8.1.2020 – Im Verkehrsausschuss haben Abgeordnete kontrovers über die Einrichtung von Umweltspuren diskutiert. In mehreren nordrhein-westfälischen Städten wie Essen und Bochum würden derzeit Umweltspuren geplant, heißt es in einem Antrag (17/7908) der AfD-Fraktion, der der Debatte zugrunde lag. Umweltspuren seien „keine geeigneten Mittel zur Emissionsreduktion, verursachen Staus und infolgedessen sogar mehr Emissionen durch stehende Fahrzeuge“. Die Landesregierung solle u. a. den Straßenpersonennahverkehr samt Infrastruktur ausbauen und „der Behinderung des Individualverkehrs aus ideologischen Gründen“ entgegenwirken. Pendlern müsse „stundenlanges“ Warten im Straßenverkehr erspart bleiben, ergänzte [Andreas Keith](#) (AfD) im Ausschuss. Umweltspuren seien auch von Politikern in Stadträten als „Bremspuren“ bezeichnet worden. Der vorliegende Antrag, kritisierte [Bodo Middeldorf](#) (FDP), verfare nach „typischer AfD-Manier“: Er stelle Sachverhalte verkürzt und undifferenziert dar, ohne konstruktiv nach vorne zu schauen. [Klaus Voussemer](#) (CDU) kritisierte, der Antrag werde öffentlichkeitswirksam inszeniert, biete aber keine Lösung umweltpolitischer Probleme. [Carsten Löcker](#) (SPD) bemerkte, die AfD tue Luftreinhaltepläne der Kommunen als „Klimbim“ ab und diffamiere Institutionen, die Umweltspuren nach langem Abwägen einrichteten. Laut [Arndt Klocke](#) (Grüne) steckt im Antrag „nur Ablehnung“, ohne dass Vorschläge unterbreitet würden, wie die Luftbelastung in Städten gesenkt werden könne. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und Grünen abgelehnt.

## Debatte über „Oma“-Satire

9.1.2020 – Eine vom Westdeutschen Rundfunk (WDR) veröffentlichte und später zurückgezogene Satire hat den Ausschuss für Kultur und Medien beschäftigt. Dabei ging es um das von einem Kinderchor gesungene Lied „Meine Oma

ist 'ne alte Umweltsau“ zur Melodie von „Meine Oma fährt im Hühnerstall Motorrad“. Zahlreiche Hörerinnen und Hörer hätten sich empört über den Beitrag geäußert, hieß es. Auch NRW-Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) hatte auf Twitter kritisiert, dass „Grenzen des Stils und des Respekts gegenüber Älteren überschritten“ worden seien. Anlass der Debatte waren eine Dringliche Anfrage der Grünen-Fraktion („Wo bleiben Maß und Mitte bei der Kritik des Ministerpräsidenten am WDR?“) sowie ein Bericht der Landesregierung zu einer Anfrage der AfD-Fraktion („WDR-Kinderchor-Skandal – Was unternimmt Ministerpräsident Laschet gegen die Spaltung unserer Gesellschaft durch den WDR?“). Der Ministerpräsident habe in dem Tweet lediglich seine Meinung geäußert und kein Urteil darüber abgegeben, ob rechtliche Grenzen überschritten worden seien, sagte Nathanael Liminski, der Chef der Staatskanzlei. Das Recht auf freie Meinungsäußerung gelte auch für den Ministerpräsidenten. Es habe sich nicht um einen Eingriff der Medienaufsicht gehandelt. Die Fraktionen von CDU und FDP wiesen die Kritik an der Landesregierung ebenfalls zurück. Von einer „radikalen Unterwanderung des WDR“, wie es die AfD formuliert hatte, könne keine Rede sein, sagte der Chef der Staatskanzlei weiter. Die SPD-Fraktion kritisierte u. a., dass Laschet sich nach Drohungen gegenüber Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des WDR nicht auf Twitter geäußert habe.

## EU-Kommission

10.1.2020 – Der Leiter der Vertretung der EU-Kommission in Deutschland, Dr. Jörg Wojahn, hat im Ausschuss für Europa und Internationales über die Arbeitsschwerpunkte der EU-Kommission in diesem Jahr berichtet. Der Brexit, ein europäischer Green Deal und ein mehrjähriger Finanzrahmen der Europäischen Union – mit diesen Themen werde sich die Kommission vorrangig beschäftigen. Großbritannien wolle zum 31. Januar aus der EU austreten. Danach begin-

ne eine Übergangsphase, die nach Vorstellungen der Briten bis Ende 2020 abgeschlossen sein soll – ein enger Zeitplan, sagte Wojahn, sodass nur die dringlichsten Abkommen ausgehandelt werden könnten. Es solle u. a. ein Freihandelsvertrag geschlossen werden, der von Januar 2021 an gelte und weiterhin Zollfreiheit garantiere. Mit dem europäischen Green Deal lege die Europäische Kommission ein Paket vor, das Umwelt- und Klimaschutz stärke und eine neue Wirtschaftsstrategie definiere. Im März werde die Kommission ein Klimagesetz ins Europäische Parlament einbringen, damit Europa bis 2050 klimaneutral werde. Beim dritten Schwerpunktthema der EU-Kommission, dem mehrjährigen Finanzrahmen, solle möglichst früh im Jahr eine Einigung erzielt werden, damit Fördergelder für 2021 rechtzeitig beantragt werden könnten. Je später der Finanzrahmen festgelegt werde, „desto schlechter“, sagte Wojahn.

## Feuer im Krefelder Zoo

16.1.2020 – Der Innenausschuss hat sich mit dem Brand des Affenhauses im Krefelder Zoo befasst. Das Feuer in der Silvesternacht wurde den Ermittlungen zufolge durch eine sogenannte Himmelslaterne ausgelöst. Mehr als 30 Tiere, darunter viele Menschenaffen, verendeten in den Flammen. Einem Bericht des Innenministeriums zufolge musste ein schwerverletzter Gorilla von einem Polizisten durch Schüsse getötet werden, da die zuvor von einer Tierärztin verabreichte Überdosis an Beruhigungsmitteln nicht gewirkt habe ([Vorlage 17/2931](#)). Innenminister [Herbert Reul](#) (CDU) sprach von einem besonders belastenden Einsatz für alle beteiligten Kräfte. [Verena Schäffer](#) (Grüne) hielt es für „völlig unverständlich“, dass man Himmelslaternen zwar nicht benutzen dürfe, der Verkauf jedoch nicht verboten sei. Ziel müsse es sein, diese Flugkörper ganz aus dem Verkehr zu ziehen. [Dr. Werner Pfeil](#) (FDP) sprach sich ebenfalls für ein generelles Verbot aus. Dies müsse aber auf europäischer Ebene geregelt werden.

# Porträt: Gabriele Walger-Demolsky (AfD)



Dass es nicht immer leicht sei, sich zur AfD zu bekennen und für die Partei öffentliche Funktionen wahrzunehmen, habe sie schon am und vorm eigenen Haus erfahren müssen, sagt Gabriele Walger-Demolsky. Die Reifen ihres Autos seien zerstochen, die Hauswand beschmiert, tote Vögel vor den Eingang gelegt worden. Lediglich ein Mann, der sie an einem Werbestand als „Nazi-Schlampe“ beschimpft habe, sei von einem Gericht – wegen der „Schlampe“ – verurteilt worden. Aber sie habe auch positive Erfahrungen gemacht, wenn es um ihre Parteimitgliedschaft gehe, berichtet die stellvertretende Vorsitzende der AfD-Fraktion im Düsseldorf Landtag. Mehrere Familienmitglieder seien ebenfalls in der Partei engagiert, und sie habe auf Zugfahrten festgestellt, dass viele Mitreisende interessiert zuhört, wenn sie sich als AfD-Mitglied zu erkennen gebe und von ihrer politischen Arbeit erzähle.

Auch im Landtag sei es nicht immer einfach. Es gebe Kolleginnen und Kollegen aus anderen Fraktionen, mit denen man sich völlig normal unterhalten könne, berichtet die aus Bochum stammende Betriebswirtin. Aber es seien auch welche dabei, die ihr den Gruß verweigerten oder es ablehnten, sie beim Namen zu nennen, obwohl sie in denselben Ausschüssen saßen.

Dabei sei offensichtlich, dass Protest und Widerstand, womit sie immer wieder zu tun habe, nicht in erster Linie ihr als Person gelten, sondern der Partei, in der sie seit 2013 Mitglied ist. Mit dem umstrittenen thüringischen AfD-Landesvorsitzenden Björn Höcke habe sie nie ein Wort gewechselt. Sie habe im September zu den Ersten gehört, die den „Ap-

Wie kamen sie in die Politik? Wo liegen ihre politischen Schwerpunkte? Landtag Intern stellt in jeder Ausgabe Abgeordnete vor. Diesmal im Porträt: Gabriele Walger-Demolsky (AfD). Die 54-jährige Betriebswirtin stammt aus Bochum.

pell der 100“ unterzeichneten. Darin hätten sich Parteimitglieder vor allem aus den alten Bundesländern für eine „bürgerliche, freiheitliche, patriotische“ AfD eingesetzt und scharfe Kritik an Höcke und dem ihm nahestehenden Flügel geübt.

Die deutlichen Unterschiede bei Wahlergebnissen und Erscheinungsbild ihrer Partei zwischen den neuen und den alten Bundesländern erklärt sich Walger-Demolsky mit der unterschiedlichen Geschichte der Menschen in Ost- und Westdeutschland. Die Menschen zwischen Mecklenburg und Thüringen seien anders politisch aufgewachsen, sie pflegten eine andere, weit weniger diplomatische Sprache als ihre Landsleute zwischen Schleswig-Holstein und Bayern. In der Sozial- und Wirtschaftspolitik bezögen sie linkere Positionen als ihre Parteifreunde aus dem Westen.

## „Politisch interessiert“

Sie selbst rechnet sich der „bürgerlichen Mehrheit“ in der AfD zu, welche früher zum größten Teil die Union oder die FDP gewählt habe. Vor ihrem Parteieintritt sei sie zwar politisch interessiert gewesen, aber nicht engagiert. Ihre größte politische Aktion hatte sie demnach als Schulsprecherin einer Bochumer Schule. Damals organisierte sie eine stadtweite Demonstration gegen die geplante Abschaffung der Schulsekretärinnen. Aus Widerstand gegen die Einführung des Euro hat sie sich Ende der 90er-Jahre für wenige Monate dem „Bund freier Bürger“ angeschlossen. 15 Jahre später sympathisierte sie mit dem Protest des Wirtschaftsprofessors Bernd Lucke, einem der Gründungsväter der AfD, gegen die europäische Eurorettungspolitik. Als ihr Mann ihr 2013 sagte, er sei der neuen Partei beigetreten und fahre jetzt zum Gründungsparteitag nach Berlin, beschloss sie spontan, mitzufahren und sich ebenfalls der AfD anzuschließen. Noch heute sei sie stolz auf ihre niedrige vierstellige Mitgliedsnummer.

Landespolitik findet sie faszinierend, weil die Probleme näher bei den Menschen seien und greifbarer als in der Bundespolitik. Vor allem in der Schulpolitik sieht sie weitgehende Übereinstimmung mit den Positionen der FDP, ob es um den Erhalt des dreigliedrigen Schulsystems geht oder die Beibehaltung einer neunjährigen Gymnasialzeit. Gravierende Un-

terschiede zu allen anderen im Landtag vertretenen Parteien stellt sie dagegen beim Thema Zuwanderung und Integration fest, für das sie in ihrer Fraktion zuständig ist. Trotz dieser Differenzen könne sie sich eine Zusammenarbeit mit der CDU vorstellen, vor allem bei den Themen Schule, Innere Sicherheit und Wirtschaft. „Konsequenterweise“ stimme die AfD fast 40 Prozent der Anträge aus den Regierungsfractionen zu, mit etwas Bauchschmerzen könnten es auch mehr sein. Die Beteiligung der AfD an einer Landesregierung in einem der alten Bundesländer sei dennoch auf absehbare Zeit nicht vorstellbar, in einem der neuen Länder hält sie das in den nächsten fünf Jahren allerdings für machbar.

Wenn die Politik sie nicht in Beschlag nimmt, sind ihre liebsten Beschäftigungen Reisen und Lesen. Und schon seit vielen Jahren geht sie einmal im Monat zum Schießen in ihrem Sportschützenverein. *Peter Jansen*

## Zur Person

Gabriele Walger-Demolsky (54) ist seit 2017 Abgeordnete des nordrhein-westfälischen Landtags und seit 2013 Mitglied der AfD. Sie ist stellvertretende Vorsitzende der Landtagsfraktion. Die Bochumerin ist ordentliches Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien sowie im Integrationsausschuss. In beiden Ausschüssen ist sie auch Sprecherin ihrer Fraktion.

## Nachgefragt

### Was ist Ihr Lieblingsbuch und warum?

Der Schatten des Windes von Carlos Ruiz Zafón. Die Sprache verzaubert und der Roman fordert den Leser.

### Welche Musik hören Sie gerne?

Jazz und Shanties. Daher habe ich früher auch gerne WDR 5 gehört.

### Was haben Sie immer in Ihrem Kühlschrank vorrätig?

Apfelschorle und natürlich eine Leckerei für unser schnurrendes Familienmitglied.

### Ihr liebstes Reiseziel?

Der Norden von Ostfriesland bis Tromsø. Die einzige Gegend, wo Regen zur Folklore gehört.

## Kurz notiert

### Antrittsbesuch

Der Präsident des Landtags, André Kuper, hat am 21. Januar 2020 gemeinsam mit der Vorsitzenden der Parlamentariergruppe NRW-Türkei, Vizepräsidentin Carina Gödecke, den Generalkonsul der Türkei mit Sitz in Münster, Ahmet Faik Davaz, zu seinem Antrittsbesuch begrüßt. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die Zusammenarbeit und der Dialog zwischen Nordrhein-Westfalen und der Türkei. Das Generalkonsulat in Münster ist eines von insgesamt vier türkischen Generalkonsulaten in Nordrhein-Westfalen und zuständig für die Regierungsbezirke Münster und Detmold. Mehr Informationen finden Sie unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

### Würdigung

Im Namen aller Abgeordneten des Landtags Nordrhein-Westfalen hat Präsident André Kuper am 4. Januar 2020 den verstorbenen ehemaligen Landtagsabgeordneten und früheren Minister Guntram Schneider gewürdigt. Schneider habe durch seine zuverlässige und verlässliche Art, durch seinen Humor wie durch seine Erfahrung dem Land Nordrhein-Westfalen und seinen Menschen in besonderer Weise gedient. Schneider war mit 68 Jahren in Dortmund gestorben. Als Abgeordneter und Mitglied der SPD-Fraktion gehörte der frühere Minister für Arbeit, Integration und Soziales dem Landtag Nordrhein-Westfalen während der 16. Legislaturperiode von 2012 bis 2017 an.

### Gestorben

24.12. Franz Püll (CDU/92)  
MdL 1980 – 1995

3.1. Guntram Schneider (SPD/68)  
MdL 2012 – 2017

22.1. Gerda Kieninger (SPD/68)  
MdL 1995 – 2017

### Neue Ausgabe

Die nächste Ausgabe der Parlamentszeitschrift Landtag Intern erscheint am 17. März 2020.

## Segen zum neuen Jahr

Am Dreikönigstag, 6. Januar 2020, haben die Sternsinger der Kirchengemeinde St. Martin Düsseldorf-Bilk den Landtag besucht. Sie schrieben den Segen „Christus Mansionem Benedicat – Christus segne dieses Haus“ über die Eingänge des Plenarsaals, des Empfangsraums und des Landtagsforums und besuchten auch die Fraktionen. Die Vizepräsidentin des Landtags, Carina Gödecke, empfing die Gruppe und sagte: „Es ist eine schöne Tradition: Die Sternsinger sind die ersten Botschafter, die im neuen Jahr im Landtag empfangen werden. Danke, dass Ihr uns den Segen bringt, und danke, dass Ihr Euch für Kinder in Not, in diesem Jahr besonders im Libanon, einsetzt.“  
Foto: Schälte

